

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 31 (1951-1952)
Heft: 7

Rubrik: Stimmen der Welpresse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

STIMMEN DER WELTPRESSE

Das von *Hanns Lilje* herausgegebene «*Sonntagsblatt*» (Hamburg) veröffentlichte in seiner Nummer 29 die Abhandlung von *Ferdinand Fried* «*Die Verwandlung des Bürgers*», der wir folgende Ausführungen entnehmen:

«Die Gewerkschaften sind also eine neue gesellschaftliche Macht, und wenn ihnen heute keine anderen gesellschaftlichen Mächte gegenüberstehen, dann muß ihnen allmählich die ganze Macht im Staate zufallen mit der Kraft eines Naturgesetzes. Es kommt also darauf an, neben den Gewerkschaften auch andere Mächte in der modernen Gesellschaft zu entwickeln, die ihnen ebenbürtig sind, damit sich ein neues politisches Leben, eine echte politische Wirklichkeit, gleichsam aus einem ‚Gleichgewicht der Mächte‘ heraus entwickelt. Nur so entinnen wir der Gefahr, daß der Staat zur Beute einer einzigen Macht und somit wiederum total wird, also der Gefahr der Gewaltherrschaft und sei es auch nur die Bürokratie, die Herrschaft aus dem Vakuum».

Der Gründer und Herausgeber der weit über England hinaus bekannten, unabhängigen «*National News-Letter*», *Stephen King-Hall*, setzt sich in Nr. 785 unter dem Titel: «Zwölf Schriftsteller auf der Suche nach ihrer Gesinnung» mit einer Gruppe namentlich genannter englischer Autoren auseinander, die in einem Friedensaufruf befremdliche Grundsätze zur Überwindung der herrschenden politischen Gegensätze aufgestellt hatten. Der Auseinandersetzung kommt um so größeres Interesse zu, als der Aufruf von so bekannten Schriftstellern unterzeichnet wurde wie *Christopher Fry*, *Siegfried Sasson* und *Sheila Kaye-Smith*¹⁾.

Der Aufruf geht von der Meinung aus, daß verschiedenartige politische und ökonomische Systeme durchaus nebeneinander existieren könnten und daß es lediglich friedlich vereinbarter Abmachungen über die Modalitäten des Nebeneinanderlebens bedürfe. Die Unterzeichner des Aufrufes erklären, jede Art von Schrifttum abzulehnen, die vorhandene Gefahren und Gegensätze verschärfe. Sie versichern, daß sie keiner politischen Bewegung, Partei oder religiösem Bekenntnis angehörten, sondern sich einzig und allein vom Wunsche leiten ließen, die Gefahr eines neuen Krieges zu bannen.

King-Hall unterzieht diesen scheinbar harmlosen Aufruf einer vernichtenden Kritik. Er führt dabei u. a. aus: «Der Wunsch der Autoren nach zwei verschiedenen Welten ist moralisch falsch und praktisch unmöglich. Diese klugen Leute wissen offensichtlich nicht, was Kommunismus ist. Auch scheinen sie sich keine Rechenschaft darüber zu geben, daß es die Pflicht jeder demokratisch empfindenden Person ist, alles zu tun, um sich der Tyrannei zu widersetzen, die Freiheit zu unterstützen und mit Wort und Tat für die demokratische Überzeugung einzustehen. Der alarmierende Aspekt in diesem Aufruf, der immerhin von Personen stammt, die im Geistesleben des Westens an hervorragender Stelle stehen, liegt in der Tatsache, daß man im Angesicht der großen ideologischen Auseinandersetzung über Ziel und Bestimmung der Menschheit Neutralität predigt. Diese zwölf Männer und Frauen scheinen gewillt zu sein, sich mit einer Politik abzufinden, die auf der Furcht und auf der Illusion beruht, daß unsere Todfeinde nicht das sind, als was sie sich selbst vorstellen, nämlich Leute, die sich der Aufgabe verschrieben haben, den marxistischen Materialismus der gesamten Menschheit aufzuzwingen und die in der Lage sind, ungeheure menschliche und materielle Reserven zu diesem Zwecke zu mobilisieren. Eine solche Politik ist freier Persönlichkeiten nicht würdig. Indem

¹⁾ *National News-Letter*, K-H Services Ltd., 162 Buckingham Palace Road, London SW 1.

diese zwölf Autoren jenen Aufruf zur Schwäche und Passivität unterschrieben haben, haben sie ihre Pflicht verletzt und ein bedenkliches Symptom für die Krankheit des Westens geliefert».

Besteht heute in Italien die Möglichkeit einer starken sozialistischen Partei, die sich in das Zwiegespräch zwischen Kommunisten und Christlichdemokraten einschalten könnte? Um dies tun zu können und eine Aufgabe zu erfüllen, die bisher unerfüllt geblieben ist, müßte der italienische Sozialismus die Möglichkeit einer linksstehenden Autonomie gegenüber dem Kommunismus haben und dürfte sich nicht mit dem rechtsgerichteten Nationalismus verwechseln lassen. Ist dies noch möglich? Wie *Mario Ferrara* im Leitartikel *«Libertà nella socialdemocrazia»* des *«Nuovo Corriere della Sera»* vom 4. September 1951 bemerkt, hat die italienische Sozialdemokratie nicht viel Zeit vor sich für eine verantwortungsvolle Aufgabe im politischen Kampfe des Landes. Der Artikel Ferraras ist sachlich und unpolemisch. Er skizziert die Geschichte der italienischen sozialistischen Bewegung und stellt fest, daß der Fehler der Sozialdemokratie darin bestanden habe, die politischen Notwendigkeiten zu schwach zu empfinden und allzusehr nach einem abstrakten Begriff des Sozialismus zu trachten. So zog sich diese Partei auf den wirtschaftlichen Reformismus zurück, verlor sich in den fachtechnischen Formeln der Ökonomie, der Soziologie und auch der Statistik und vernachlässigte dabei die geistige Schulung einer fähigen Führerschicht. Der Autor weist darauf hin, daß dieses «Fachtechnische» den Sozialismus dazu bringen könne, sich als eine Bürokratie von Fachleuten in einem erleuchteten Despotismus zu verlieren oder sich in eine Klassendiktatur aufzulösen. Der einzige Ausweg sei eine einsatzbereite Politik, welche sich auf die notwendige Eroberung der sozialen Freiheiten und der Geltendmachung aller Freiheiten in der Welt der Arbeit beschränke. Aus einer solchen Auffassung heraus, die derjenigen Kautskys und Bernsteins gegenüber neu sei, könne die italienische Sozialdemokratie die Berechtigung und die Kraft zu einer Autonomie im politischen Kampf Italiens schöpfen.

Die Notwendigkeit, die besonderen Probleme Italiens auf der Konferenz von Ottawa richtig zu verstehen und zu werten, ist von *Leonardo Azzarita* in einem Artikel *«Su due fronti»* in der *«Gazzetta del Mezzogiorno»* vom 3. September 1951 beleuchtet worden. Der Autor legt in klarer Weise die italienische Situation dar, welche an die internationale Lage gebunden ist und sich in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis befindet. Italien muß in seinen grundsätzlichen politisch-ökonomischen Forderungen befriedigt werden, um der Inflation, der allgemeinen Unzufriedenheit und des Kommunismus mit demokratischen Mitteln und Methoden Herr zu werden. Erst wenn Italien seine nationale Würde wieder erlangt haben wird und seine Anstrengungen auf dem Gebiete der Produktion und des sozialen Aufstiegs wieder ins Gleichgewicht gebracht worden sind, wird es sich mit einer neugefestigten liberalen und demokratischen Struktur in den Verteidigungsplan der westlichen Welt einfügen lassen. Ein starkes, politisch und ökonomisch wieder aufgestandenes Italien wird im Inneren die kommunistische Partei — die stärkste des Westens — überwinden und sodann auf der internationalen Ebene mit Taten zur Verteidigung der bedrohten europäischen Kultur beitragen. Werden die Mächte, die den Atlantikpakt unterzeichnet haben, den zweifachen Kampf, den Italien zur Verteidigung der gemeinsamen Interessen führen muß, verstehen? Nur das Ergebnis der Gespräche wird unsere bange Frage beantworten und uns mehr oder weniger Gewißheit verschaffen über die Leistungsfähigkeit eines tatsächlich freien und demokratischen italienischen Staates.